

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.07.2014
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meinen, Regina

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kaufmann, Nils
Meyer, Elfriede

für Helga Grix
für Enno Scheffel

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

(bis 18:46 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen

für Katja Lechner

FDP-Fraktion Grundmandat

Fooker, Ralf

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Jensen, Imke
Kruse, Helga
Schmitz, Sören

für Wilhelm Grix

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Eden, Alke
Ouedraogo, Abdou
Weber-Trappiel, Franziska
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

(ab 17:02 Uhr)

von der Verwaltung

Lücht, Richard
Philipps, Egon
Ubber, Wolfgang
Lamschus, Christiane
Szag, Elisabeth
Jaspers, Thomas

Protokollführung

Rauch, Agnes

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.07.2014

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meinen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Meinen bittet darum, die Tagesordnung um den Punkt „Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG“ zu erweitern.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Meinen nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitglieds Sören Schmitz gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Projekt Arbeitsbündnis Jugend und Beruf
Vorlage: 16/1355

Herr Sprengelmeyer führt aus, die Kooperationsvereinbarung zwischen Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Stadt Emden solle dem gemeinsamen Ziel dienen, die Betreuung und Förderung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger unter 25 Jahren effektiver zu gestalten und umzusetzen. Aus vielen Diskussionen sei bekannt, wie schwierig heutzutage diese Arbeit sei. Man habe es meistens mit jungen Menschen mit sogenannten Mehrfachhemmnissen zu tun, die zunächst einmal nicht nur dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen würden, sondern im Grunde genommen auch für eine Qualifizierung erst fit gemacht werden müssten. Dieses sei eine gemeinsame Aufgabe der Bundesagentur, dem Jobcenter und der Stadt Emden. Es würden bereits unterschiedliche Projekte, Maßnahmen und Initiativen angeboten. Auch arbeiteten alle drei Einrichtungen im Rahmen des Jugendbüros zusammen. Nunmehr wolle man sich zu einer Zielvereinbarung und zu gemeinsamen Projekten verpflichten. Ziel sei die Verringerung der Zahl der Jugendlichen, die eine allgemeinbildende Schule ohne Schulabschluss oder eine konkrete berufliche Orientierung verlassen würden. Natürlich würde es auch heute schon dazu Projekte und Maßnahmen geben. Ein weiteres Ziel sei z. B. die Verringerung der Zahl der jungen Erwachsenen, die ALG II beziehen und die Verkürzung der Verweildauer der Gruppe junger Erwachsener im Alter bis 25 Jahren im Sozialleistungsbezug sowie die Verringerung der Zahl junger Erwach-

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.07.2014

sener, die nicht von dem bisherigen Unterstützungssystem aufgefangen würden und die Verringerung von Maßnahmenabbrüchen durch bedarfsgerechte und ganzheitliche Unterstützung.

Anschließend geht Herr Sprengelmeyer dann auf die in der Kooperationsvereinbarung genannten Formen der Zusammenarbeit ein und erläutert diese kurz. Er bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, dem Beschluss zuzustimmen.

Frau Meinen bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Götze hält dieses Bündnisprojekt bereits seit Jahren für überfällig. Die Zahlen der Jugendlichen von 15 bis 25 Jahren ohne Berufsabschluss würden sich permanent erhöhen. Die bisherigen Konzepte seien nicht ausreichend gewesen, da sie nur viele Absichtserklärungen enthalten hätten, die letztendlich nicht das brachten, was man sich eigentlich erhofft hatte. Er regt an, bezüglich der noch offenen Finanzierung Fördermöglichkeiten wie z. B. „Jobstarter plus – Für die Zukunft ausbilden“ zu nutzen. Teilweise würde bei Fördersätzen bis zu 100 % der Kosten übernommen werden. Herr Götze nennt weitere Förderprojekte und erklärt, entscheidend sei, dass im Vorfeld schon nach Möglichkeiten gesucht werde, die Menschen früh mitzunehmen, da bereits im Jahr 2013 es nicht geschafft worden sei, 133 Jugendliche bis zu 25 Jahren in eine Berufsausbildung zu bringen. Hinzu kämen die jungen Menschen, die nicht von Hartz IV leben würden. Mit diesem Konzept müsse nunmehr nach Möglichkeiten gesucht werden, wesentlich mehr junge Leute in die Berufe zu bekommen.

Herr Götze geht auf die Situation der Ausbildungsgesellschaft ein, die vor dem Aus stehe. Dort seien viele Menschen in Metall- und Elektroberufen ausgebildet worden. Nunmehr stehe eine Werkstatt leer, in der die Möglichkeit bestehe, Menschen auszubilden. Er habe Gespräche geführt, habe dabei jedoch vermisst, dass er keine Unterstützung erfahren habe. Viele junge Menschen hätten nach der Schule keine Ziele, weil sie wüssten, dass die durch das Raster gefallen seien. Wenn sie jedoch hinterher die Chance bekämen, irgendwo eine Ausbildung zu bekommen, seien sie ganz anders motiviert. Man müsse versuchen, Dinge auf den Weg zu bringen. Seiner Ansicht nach diene dieses Bündnisprojekt dazu, hier vielleicht auch bessere Ergebnisse insgesamt hinzubekommen.

Herr Ouedraogo fragt an, wie man sich die jährliche Jugendkonferenz vorzustellen habe.

Herr Dietz ist ebenfalls der Meinung, dass dieses Bündnis überfällig sei und regt an, das ehrenamtliche Patennetzwerk in Aurich und Emden zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen einen Ausbildungsplatz für Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten bei der Berufsorientierung hätten, zu finden.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, mit diesem Patennetzwerk sei bereits Kontakt aufgenommen worden und man würde sich auch aktuell im Austausch befinden.

Weiter bemerkt er, es sei darüber nachgedacht worden, ob man die große Jugendkonferenz machen wolle. Seiner Meinung nach könnte sie durchaus einmal jährlich möglicherweise mit einem Schwerpunktthema durchgeführt werden. Die Themen wolle man gemeinsam mit den Jugendlichen auf die Tagesordnung bringen. Hier würde es methodisch ganz unterschiedliche Ansätze, die man nutzen könne. Gerade die Situation der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sei ein Schwerpunkt, den man im Fokus habe. Anschließend stellt Herr Sprengelmeyer heraus, es würde auf jeden Fall ein Konzept erstellt, welches auch im Ausschuss vorgestellt werde.

Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Götze stellt Herr Sprengelmeyer heraus, er würde ihm natürlich zustimmen, müsse jedoch deutliche Worte finden, wenn er höre, dass das bisher Unternommene nicht ausreichend und zielführend gewesen sei. Die Agentur, das Jobcenter und auch die Stadt Emden würden diesbezüglich seit Jahren sehr viel unternehmen. Allein im Ju-

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.07.2014

Jugendbüro würden aktuell 420 junge Leute betreut und es würde jetzt schon eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Jugendbüro geben. Dennoch müsste man die Ressourcen ein bisschen mehr bündeln. Er sei froh darüber, dass die Zeit nunmehr reif sei, um hier gemeinsamer aufzutreten. Nur so könne man möglicherweise Synergie herbeiführen und effektiver zusammenarbeiten.

Beschluss: Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Berufsberatung und Grundsicherung im Bereich U 25 trifft die Stadt Emden gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Emden die vorliegende Kooperationsvereinbarung.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Ergebnisse des aktuellen Kinder-Gesundheitsberichtes;
Vortrag Frau Lamschus, Fachdienst Gesundheit
Vorlage: 16/1316

Herr Sprengelmeyer erklärt, dieses Thema passe gut zu dem gerade behandelten Tagesordnungspunkt. Vor der beruflichen Orientierung und der Integration des jungen Erwachsenen in Gesellschaft und Beruf passiere sehr viel mit den Kindern. Dort würden die Grundlagen gelegt. Dabei sollten zwei Standards – Kindeswohl und Gesundheit – gewährleistet werden. Heute wolle man über die Gesundheit reden, da man in jedem Jahr bei der Schuleingangsuntersuchung Hinweise bekäme, wie es um die Gesundheit der Kinder bestellt sei.

Frau Meinen begrüßt Frau Lamschus und bittet sie, die Ergebnisse des aktuellen Kindergesundheitsberichtes vorzustellen.

Frau Lamschus führt aus, sie habe den Kindergesundheitsbericht schon in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vorgestellt. Auch in der Presse sei darüber berichtet worden. Danach sei der Wunsch seitens des Fachbereichs Jugend, Schule und Sport an sie herangetragen worden, auch im Jugendhilfeausschuss die Ergebnisse des Berichts vorzutragen. Daraufhin habe sie gemeinsam mit Herrn Sprengelmeyer überlegt, wie die Zusammenarbeit der beiden Fachbereiche gestaltet werden könnte, um etwas für die Gesundheit der Kinder tun zu können.

Nunmehr habe man den Kindergesundheitsbericht 2012 vorliegen. Natürlich bekomme man jährlich durch die Einschulungsuntersuchungen die Ergebnisse, aber ein solcher Bericht erfordere auch Mehrarbeit, sodass nicht in jedem Jahr eine Zusammenstellung erfolgen könne.

Frau Lamschus stellt anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse des aktuellen Kindergesundheitsberichts vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer bedankt sich für den interessanten und informativen Vortrag. Sie fragt an, ob bei der durchgeführten Einschulungsuntersuchung überhaupt festgestellt werden könne, welche Schwachstellen das Kind habe. Viele Kinder seien vielleicht aufgeregt und würden nicht sprechen wollen.

Frau Lamschus stellt heraus, nur sehr wenige Kinder würden sich komplett verweigern. Die Untersuchung sei kindgerecht aufgebaut. Ganz wichtig sei, dass die Kinder angstfrei seien.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.07.2014

Auf die Frage von **Frau E. Meyer**, wie viele Personen mit dem Einschulungsuntersuchungen beschäftigt seien, antwortet **Frau Lamschus**, zwei Kolleginnen würden die Aufnahme machen und auch den Hör- und Sehtest durchführen.

Herr Fooken bedankt sich für den interessanten Vortrag und fragt an, ob es sich bei den Kindern, bei denen weitere Maßnahmen empfohlen werden, überwiegend um Kinder handle, die in keiner Kindertageseinrichtung gewesen seien.

Frau Lamschus führt aus, nur ganz wenige Kinder seien in keiner Kindertagesstätte gewesen. Das würde sicherlich auch am gebührenfreien letzten Kindergartenjahr liegen. Auch sei für sie ersichtlich, dass etliche Kinder, die erst kurz im Kindergarten seien, erhebliche Schwierigkeiten im Alltag hätten. Ziel sei es in Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten und den Kinderärzten, frühzeitig zu schauen, wo Bedarf sei. Der Beobachtungsbogen soll die Kommunikation verbessern, um frühzeitig den Therapie- oder pädagogischen Förderbedarf festzustellen.

Herr Fooken regt an, von Seiten des Fachdienstes Gesundheit noch verstärkter darauf hinzuweisen. Auch sei es seiner Ansicht nach sinnvoll, statistisch auszuwerten, ob es bestimmte Kindertagesstätten schwerpunktmäßiger eher treffe als andere. Nur wenn verstärkt auf die Kinder geachtet werde, könnte ihnen frühzeitig geholfen werden.

Frau Lamschus stellt heraus, die Qualität und die Qualifikation der Einrichtungen seien gut. Seit Jahren würde es einen ganz intensiven Austausch geben, sodass sie der Meinung sei, alle Einrichtungen seien sehr an Weiter- und Fortbildung interessiert und würden diese auch wahrnehmen. Da das Einschulungsalter heruntermgesetzt worden sei, hätten die Kindertagesstätten den Wunsch geäußert, eine Informationsveranstaltung bzgl. der Veränderungen durchzuführen. Da die Anforderungen an die Kinder sich nicht geändert hätten, die Kinder aber jünger seien, müssten die Einrichtungen die Kinder so hinbekommen, dass diese schulfähig seien. Doch ihrer Ansicht nach sollte es umgekehrt sein und das System müsste sich an die Kinder anpassen. Es müsste geschaut werden, was jedes einzelne Kind könne. Mit diesen Ressourcen sollte versucht werden, die Kinder zu motivieren. Das Kind dürfe nicht gleich zu Beginn der Schulzeit Misserfolge haben, weil es bestimmte Dinge noch nicht könne. Nicht alles, was zu Hause nicht praktiziert werde, könne durch die Einrichtungen aufgefangen werden. Anschließend stellt Frau Lamschus fest, die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 600 habe sich in den letzten Jahren deutlich intensiviert, sodass man auf einem guten Wege sei.

Herr Ubben wirft die Frage auf, was Erzieherinnen und Erzieher noch alles leisten sollten. Dieses sei eine wirkliche Problemlage. Auch müsse man sehen, dass der Fachdienst Gesundheit einen medizinisch therapeutischen Ansatz habe, während die Kindertagesstätten einen ressourcenorientierten Ansatz hätten, um die Stärken des Kindes herauszuarbeiten. Seiner Ansicht nach sei es sehr gut gelungen, mit diesem Erhebungsbogen die Zusammenarbeit so zu optimieren, dass eine gemeinsame Sprache gesprochen werde.

Herr Sprengelmeyer erklärt, im ersten Gesundheitsbericht habe man den Fokus auf die Frage gelegt, ob die Kinder vor der Einschulung in einer Kindertageseinrichtung gewesen seien. Landesweit sei nachgewiesen worden, dass Kinder ohne vorherigen Kindergartenbesuch bei der Einschulung den anderen Kindern gegenüber benachteiligt gewesen seien. Kinder, die ab dem 3. Lebensjahr in einer Einrichtung gewesen seien, seien einfach besser auf die Schule vorbereitet. Das habe auch u. a. zu dem beitragsfreien Kindergartenjahr geführt. Aber insgesamt habe sich unheimlich viel im Bereich der Kindertagesstätten und der Erzieherinnen und Erzieher getan, sodass man nunmehr an einer neuen Weichenstellung in Richtung Ausbildung stehen würde. Erkennbar sei, dass das von Land und Kommune Eingeleitete zwar erfolgreich sei, aber lange noch nicht reichen würde.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.07.2014

Abschließend weist Herr Sprengelmeyer auf eine Veranstaltung zum Thema „Trauma, Flucht, Exil – zur seelischen Gesundheit von Kindern und jugendlichen Flüchtlingen“ am Dienstag, 30.09.2014 im VHS-Forum hin. Diese Veranstaltung sei eine Einführung, weitere würden folgen, um auf das Thema einzustimmen und entsprechende Konzepte entwickeln zu können.

Frau Weber-Trappiel regt bezüglich der dritten Fachkraft an, auch im Gesundheitswesen zu schauen, um hier auch noch eine Variante der Finanzierung gefunden werden könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Kinder- und Jugendschutz
„K.O.-Tropfen“- Eine Kampagne des Arbeitskreises der JugendschützerInnen Ostfriesland
Vorlage: 16/1356

Herr Philipps führt aus, er wolle zunächst Herrn Jaspers vorstellen, der bisher im Zentrum für junge Menschen in der „Alten Post“ gearbeitet und nunmehr die vakante Stelle Kinder- und Jugendschutz/Schulbezogene Sozialarbeit übernommen habe. Weiter erklärt er, über den Kreis der Jugendschützer in Ostfriesland sei das Thema „K.O.-Tropfen“ aufgenommen worden. Dazu habe bereits eine erste Veranstaltung stattgefunden.

Herr Jaspers stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Kampagne des Arbeitskreises der JugendschützerInnen Ostfriesland vor und erläutert diese. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Meinen bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Fooken bedankt sich ebenfalls für den interessanten Vortrag. Er habe herausgehört, dass schwerpunktmäßig erst da angesetzt werde, wenn „das Kind schon in den Brunnen gefallen sei“. Für ihn stelle sich jedoch die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, in die Schulen zu gehen und die Kinder und Jugendlichen der 7. und 8. Klassen zu informieren. Gerade die Schülerinnen seien dann in einem Alter, wo damit begonnen werde, in Diskotheken zu gehen. Sie müssten lernen, gegenseitig aufeinander aufzupassen und Verhaltensauffälligkeiten zu erkennen.

Frau E. Meyer erklärt, sie habe vor einigen Tagen im Fernsehen über dieses Thema einen Kurzbeitrag gesehen. Dort sei berichtet worden, dass es ganz schwer sei, sich in Lokalen davor zu schützen. Es sei vorgeschlagen worden, dass immer jemand am Tisch bleiben und auf die Gläser achten sollte.

Herr Böckmann fragt an, ob es in Ostfriesland bereits irgendwelche Fallzahlen geben würde und ob ggf. eine Zunahme derartiger Delikte oder Ereignisse zu verzeichnen sei.

Herr Jaspers führt aus, Lehrerinnen und Lehrer seien bereits zu der Auftaktveranstaltung eingeladen worden. Auch plane man, dieses Thema in den Schulen zu installieren. Hier habe man an die 8. und 9. Klassen gedacht. Bezüglich der Fallzahlen bemerkt er, es sei schwierig, allerdings habe es im letzten Jahr allein in Emden vier Verdachtsfälle gegeben. Doch es gäbe das Problem mit der Unwissenheit, da die Leute wirklich nicht wissen würden, was da mit ihnen eigentlich passiere.

Herr Philipps berichtet, er habe die Veranstaltung im Zuschauerraum verfolgen und feststellen können, dass viele Menschen gesagt hätten, dass sie eine solche Situation auch bereits erlebt hätten. Der vorgestellte Film habe deutlich gemacht, dass es diese Dinge geben würde, sie aber nachher nicht zu 100 % zu erkennen seien. Herr Lind von der Polizei habe darauf hingewiesen, dass es den letzten Protokolleintrag bei einer Veranstaltung Ende Juni gegeben habe.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.07.2014

Insoweit sei das nicht nur ein Großstadtproblem. Man müsse sich dieses Thema bewusst machen und dürfe nicht wegschauen. Wenn nunmehr z. B. im Kino mit einem Trailer begonnen werde, würden viele Personengruppen erreicht werden und das Thema rücke ein wenig nach vorne ins Bewusstsein.

Herr Götze ist der Ansicht, dass die Modedroge Crystal sich im Jugendbereich immer mehr ausbreiten würde. Seiner Meinung nach würde hier noch eine größere Gefahr ausgehen.

Herr Sprengelmeyer regt, auch zu diesem Thema im Jugendhilfeausschuss zu berichten und dazu auch die Drogenberatungsstellen einzuladen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer stellt heraus, für den 15.09.2014 sei für die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses die Besichtigung einer Jugendhilfeeinrichtung mit einem anschließenden Workshop zum Thema „Kostenkalkulation, Finanzplanung und Plausibilität von Tagessätzen im Jugendhilfebereich“ geplant. Eine gesonderte Einladung werde noch erfolgen.

TOP 8 Anfragen

1. VW-Kindergarten

Herr Böckmann stellt heraus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden die Errichtung des VW-Kindergartens begrüßen. Jedoch würde bedauerlicherweise über diese Einrichtung eine Hochspannungsleitung verlaufen. Ursprünglich sei geplant gewesen, diese unterirdisch zu verlegen. Dieses sei leider nicht geschehen. Er fragt an, inwieweit hier ein Risiko gerade auch unter dem Gesundheitsaspekt für die Kinder vorliegen würde. Er könne die Besorgnisse der Eltern verstehen und bittet um Auskunft, ob es eventuell noch zu Veränderungen käme.

Herr Ubben entgegnet, zunächst sei seitens des VW-Werkes angedacht gewesen, die Leistungen zu verlegen. Danach sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, welches festgestellt habe, dass der Wert um das 160fache unterschritten werde und keine Gesundheitsgefährdung vorliegen würde. Im Übrigen sei auch eine Baugenehmigung ausgestellt worden, bei der diese Dinge geprüft würden.

2. Kinderspielplatz Schwabenstraße

Frau E. Meyer bemerkt, Frau L. Meyer habe in der Fraktionssitzung berichtet, dass sie von Eltern aus der Schwabenstraße bezüglich des neuen Spielplatzes angesprochen worden sei. Seitens der Eltern werde ein Sandkasten für die kleineren Kinder vermisst.

Herr Ubben erklärt, die Aufstellung eines Sandkastens für diesen Spielplatz sei bereits in Planung.

3. Anmeldezahlen bei den Krippenplätzen

Frau E. Meyer erkundigt sich nach den tatsächlichen Anmeldezahlen bei den Krippenplätzen.

Herr Ubben führt aus, aktuell würden es 100 Anmeldungen geben. Er gehe somit davon aus, dass ein Bedarf bestehe und weiter ausgebaut werden müsse.

Protokoll Nr. 22 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.07.2014

4. Ökoerlebniswelt

Herr Böckmann weist darauf hin, dass in der Nähe der VW-Kindertagesstätte eine Ökoerlebniswelt in Zusammenarbeit mit dem Ökowerk geplant sei. Er fragt an, ob sich dieses mit der Hochspannungsleitung vereinbaren lasse.

Herr Ubben sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen hat VW gegenüber dem Ökowerk die Absicht geäußert, im Rahmen einer Zusammenarbeit eine Ökoerlebniswelt zu planen. Derzeit werden diese Pläne aber nicht weiter verfolgt. Ob die Hochspannungsleitung dabei Berücksichtigung gefunden hat, kann von hier nicht beurteilt werden, da nicht bekannt ist, an welchem Standort eine mögliche Planung umgesetzt werden könnte.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.